

Calmer Wochenblatt

Nr. 79

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G.-Pf. Reklamen 50 G.-Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Mittwoch, den 2. April 1924.

Druckpreis: In der Stadt mit Zeitungslohn 45 Goldpfennig wöchentlich. Bezugspreis 45 Goldpfennig ohne Postgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Das Urteil im Hitlerprozeß.

Hitler fünf Jahre Festung, Ludendorff freigesprochen.

München, 1. April. Der Vorsitzende des Volksgerichts verkündet am Dienstag vormittag nach 10 Uhr folgendes Urteil im Prozeß Hitler und Genossen:

Hitler, Weber, Kriebel und Böhner erhalten jeder wegen eines Verbrechens des Hochverrats 5 Jahre Festung, sowie eine Geldstrafe von 200 Goldmark, ersatzweise je weitere 20 Tage Festungshaft. Ferner werden verurteilt Brüdnier, Röhm, Berner, Wagner und Fricd, jeder wegen eines Verbrechens der Beihilfe zu einem Verbrechen des Hochverrats, zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft, sowie jeder zu einer Geldstrafe von 100 Goldmark, ersatzweise zu je weiteren 10 Tagen Festungshaft, sowie endlich alle vorher genannten zu den Kosten. General Ludendorff wird von der Anklage eines Verbrechens des Hochverrats unter Ueberbürdung der ausscheidbaren Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Die Haftanordnung gegen Fricd, Röhm und Brüdnier wird aufgehoben. Ferner verkündet der Vorsitzende folgenden Gerichtsbeschuß: Den Verurteilten Brüdnier, Röhm, Berner, Wagner und Fricd wird für den Strafreß mit so-

fortiger Wirksamkeit Bewährungsfrist je bis 1. April 1928 bewilligt. Den Verurteilten Hitler, Böhner, Weber und Kriebel wird nach Verbüßung einer weiteren Strafe von je 6 Monaten Festungshaft Bewährungsfrist für den Strafreß in Aussicht gestellt. Das Urteil wurde vom Publikum ohne Kundgebung entgegen genommen. Die Verurteilungen und die Freisprechung erfolgte, wie der Vorsitzende mitteilte, mit 4 Stimmen.

München, 2. April. Bei der Urteilsverkündung im Hitlerprozeß fehlte von den 10 Angeklagten Oberlandesgerichtsrat Böhner, der erkrankt ist. Das Straßenbild zeigte gestern abend wieder das gewohnte Aussehen. Dem Vernehmen nach wird die Infanterieschule, deren Schüler bekanntlich in den Hitlerputz verwickelt waren und in deren Räumen sich der Hitlerprozeß abgespielt hat, dauernd von München verlegt werden. Die Schule soll nächstens nach Dresden kommen.

Ausführlicher Bericht über die Urteilsbegründung folgt morgen.

Neueste Nachrichten.

In München wurde das Urteil im Hitlerprozeß verkündet. Es lautet gegen Ludendorff auf Freispruch, gegen Hitler, Weber, Kriebel und Böhner auf je 5 Jahre Festung gegen die übrigen Angeklagten auf 1 Jahr 3 Monate Festung.

In München verlief der Tag der Urteilsverkündung ohne Störungen.

Nach einer Havasmeldung wird die Session der französischen Kammer noch etwa 10 Tage dauern.

Die Türkei hat in Paris die Ratifikationsurkunde des Friedensvertrags von Lausanne überreichen lassen.

ein Verleger. Es ist typisch für politisch bewegte revolutionäre Zeitalter, daß in solchen oft Psychopathen und schwankende Wirrköpfe eine scheinbare Führerrolle übernehmen können. Auch Zeigner war gemäß dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen ein Mann von psychopathischer Veranlagung, ein Mann von schwachem Willen, der nicht die Kraft hatte, aufdringliche Expreser zurückzuweisen.

Ein Jurist, ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit auf höchstem Posten stehend, hat der moralischen Autorität des Staates, den er zu führen berufen war, einen schweren Stoß verjehrt und nicht mit Unrecht hat bei der Höhe der Strafzumessung das Gericht den Gesichtspunkt der schweren Schädigung des Ansehens der Justiz seiner Entscheidung zugrunde gelegt.

Es kann die Frage dahingestellt bleiben, ob Zeigner als Opfer und Exponent eines politischen Systems gefallen ist, oder ob er lediglich als Mensch und zwar als psychopathisch veranlagter kranker Mensch sich in seine Delfte hineintreiben ließ, sicher ist, daß dem Ansehen der Justiz schwerer Schaden zugefügt wurde, der nur dadurch wieder gutgemacht werden kann, daß alle gesetzgebenden Faktoren bei der Auswahl ihrer Führer nach den altbewährten Grundsätzen der Erfahrung, der moralischen und der fachtechnischen Spezialleistung vorgehen.

Dr. P. H.

Deutschland.

Die Aufhebung des Staatsgerichtshofs.

Berlin, 31. März. Wie den Blättern mitgeteilt wird, geht der dem Reichstag zugegangene Gesetzesentwurf, welcher den Staatsgerichtshof aus dem Gesetz zum Schutze der Republik aufhebt, vom Reichsjustizministerium und Reichsministerium des Innern aus. Der Entwurf wird im Weg der ordentlichen Gesetzgebung erledigt, also nach Annahme durch das Kabinett dem Reichsrat und dem Reichstag zur Annahme vorgelegt werden. Die Gründe zur Aufhebung des Staatsgerichtshofs seien in erster Linie finanzieller Natur.

Attentat auf Werner Sombart.

Berlin, 1. April. Auf dem Untergrundbahnhof Fehrbellinplatz wurde heute vormittag dem „Berliner Tageblatt“ zufolge Professor Sombart, der im Begriffe war zur Berliner Universität zu fahren, von einem Studenten auf die Schienen gestoßen. Der Zugführer brachte noch rechtzeitig den Zug zum Halten. Prof. Sombart, der einen Nervenstoß erlitten hat, wurde in seine Wohnung transportiert. Der Student, der festgenommen wurde, gab an, die Tat aus Rache an Prof. Sombart begangen zu haben.

Lohnerrhöhung.

Essen, 31. März. Den Antrag der Bergarbeiterverbände auf Erhöhung der Löhne ab 1. April hat der Zechenverband am 29. März mit einem Schreiben beantwortet, in dem unter Bezugnahme auf den jetzt geltenden Tarifvertrag darauf hingewiesen wird, daß eine Kündigung der Lohnordnung nur mit einmonatiger Frist zum Monatschluß zulässig ist, daß die Forderung der Bergarbeiterverbände eine Kündigung der Lohnordnung bedeutet und demnach unstatthaft ist. Der Zechenverband seinerseits spricht die Kündigung der Lohnordnung zum 1. Mai aus

Zur auswärtigen Lage.

Polen einschuldigt sich.

Berlin, 2. April. Wegen der Demonstration vor dem deutschen Generalkonsulat in Polen hat die deutsche Gesandtschaft bei der polnischen Regierung Vorstellungen erhoben. Der polnische Außenminister erklärte sein Bedauern über den Zwischenfall und sagte erhöhten Schutz des deutschen Generalkonsulats in Polen zu. Er bemerkte außerdem, daß er weder dem Vorfall in Allenstein, noch dem in Polen Bedeutung zumesse.

Die französische Kammeressionsperiode.

Paris, 1. April. Einer Havasmeldung zufolge wird die Session der Kammer noch etwa 10 Tage dauern.

Die Ratifikation des Lausanner Friedensvertrags.

Paris, 1. April. Der Vorsitzende der Kommission der türkischen Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten, Schücri Caza Bey, hat im Quai d'Orsay die von der türkischen Regierung ausfertigen Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag von Lausanne überreicht. Das Protokoll, in dem die Ueberreichung festgesetzt wurde, wurde von Poincaré und Schücri Caza Bey unterzeichnet.

Die Helfer der Separatisten.

Pirmasens, 31. März. Am Samstag wurden etwa 10 bei der Abwehr der Separatisten beteiligten Pirmasenser Bürger wie Schwerverbrecher gefesselt nach Mainz abgeführt um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Im schärfsten Gegensatz zu diesem Vorgehen steht die Behandlung der Separatisten, von denen noch nicht ein einziger vor ein Kriegsgericht gestellt worden ist und die noch immer mit französischen Waffenheinen in Pirmasens herumlaufen. Der junge Separatist Thuet, der während der Sonderbündlerherrschaft seinen eigenen Vater, einen geachteten Beamten, verhaften ließ, hat ein Werbebüro für die Rheinische Arbeiterpartei eröffnet. Ein Pirmasenser Bürger namens Dörr war durch die Vorpiegelung der Straffreiheit zur Rückkehr nach Pirmasens gelockt worden. Am Bahnhof empfingen ihn sechs französische Gendarmen und führten ihn ins Gefängnis ab.

Französische Uebergriffe.

Zweibrücken, 31. März. Gestern abend ist hier ein Transport von 48 meist politischen Gefangenen, anscheinend aus dem Ruhrgebiet unter Bewachung französischer Gendarmen angekommen. Es befindet sich unter ihnen auch der Oberbürgermeister von Dortmund. Welches Ziel dieser Gefangenentransport hat, läßt sich einstweilen noch nicht feststellen.

Ausland.

Der englische Weltflug.

Paris, 1. April. Das an dem englischen Weltflug des englischen Majors Karen beteiligte Flugzeug ist gestern

1 Uhr in Brindisi aufgestiegen, mußte aber später nach einem Bericht des „Matin“ infolge eines Motordefekts südlich von Korfu auf dem Meere niedergehen. Es soll heute noch nach Athen weiterfliegen.

Das amerikanische Nationalvermögen.

Paris, 1. April. Einer Blättermeldung aus Washington zufolge schätzt das Staatsdepartement das Nationalvermögen auf 320 804 Milliarden Dollar. Im Vergleich zum Vermögensstand vom 31. Dezember 1912 liegt nahezu eine Verdoppelung vor.

Korruption?

Das Urteil gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Erich Zeigner, der zu 3 Jahren Gefängnis und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, hat die Aufmerksamkeit auf eine politische und moralische Deladenzercheinung gelenkt, auf das Korruptionswesen. Es war einer der großen Vorzüge des Vorkriegsdeutschlands, daß diese Giftpflanze nicht aufwuchern und Boden fassen konnte.

Der Beamtenstand, festgefügt im staatlichen Organismus, anscheinlich, wenn auch nicht überreichlich bezahlt, festverankert im gesellschaftlichen Milieu gediegener und selbstbewusster Standesanschauungen, getragen von der staatlichen Autorität und außenpolitisch der deutschen Vormachtstellung, war und blieb unbestechlich.

Dem Ausland, hauptsächlich den Vereinigten Staaten, blieb es vorbehalten, durch häufige skandalöse Bestechungsaffären ein warnendes Menetekel aufzuzeigen und zu demonstrieren, wohin es führt, wenn nicht die berufliche, fachtechnische und moralische Fähigkeit und Eignung zum Amt maßgebend für die Besetzung staatlicher Stellen sind, sondern die parteipolitische Zugehörigkeit und Einstellung.

Unbestochen und unbestechbar muß auch im neuen Deutschland der Beamte sein und bleiben. Denn ein pflichttreuer, lauterer Beamtenstand ist eine unerläßliche Voraussetzung eines jeden geordneten Staatswesens, da seine Haltung und Unbestechlichkeit die Grundlage für das Vertrauen aller Volksgenossen bleibt.

Diese im alten Beamtenstaat zur vollen Ausprägung und Anwendung gekommenen Grundsätze sind auch im neuesten Strafgesetzentwurf wieder an die Spitze gerückt. Und das mit vollem Recht. Bei der Urteilsfällung hat das Gericht in Erwägung gezogen, daß Zeigner als Opfer eines Systems gefallen ist.

In jungen Jahren ist Zeigner von den Wogen der Parteipolitik zum höchsten führenden Posten eines deutschen Bundesstaats emporgetragen worden, nicht weil er nach Erfahrung, Charakter, und natürlicher Befähigung der geeignetste Mann für den Posten gewesen wäre, sondern auf Grund seiner Parteizugehörigkeit. Schon immer war die Berufung junger Politiker an so verantwortungsvolle Stellen ein gewagtes Experiment, das meist mißglückte. Wenn es glückte, dann nur, wenn diese Persönlichkeit die Persönlichkeit eines Führers war, der an Willenskraft und Wissen, an Befähigung und Moral die Mitbewerber um ein Bedeutendes überragte. Zeigner war

ung
ung
ssteuer
slichtet:
amts woh
übergehend
Personen
es bürger
sten, nicht
itten, Stif
n sie den
des unter
re Erwerbs
ommandit
beschränk
erbs- und
reine, nicht
erbsamcke
die Gesell
sehen sind,
ellschaften),
von mehr
verpflichtet
ohne Rück
t, Sig oder
Personen
n, die nach
en Grund
ent Steuer
erklärung
ung unter
eit vom 1.
Finanzamt
a können
ngamt be
tügen nicht
bliegenden
a zur Ab
uch kann
en Steuer
ruch einer
traje be
ein jahr
fährdung)
amt:
er.
er
offen.
ichhofftr.
erkauje ich
nen schönen
fenkamm.
Schmidt,
u.
mehl
ite
ismehl
ehl
pfohlen
nacher.
h & C
mäßig
den l
re
che
er
h & C
glas
h & C

und betont weiter, daß eine Lohnerhöhung bei der jetzigen Lage des Ruhrbergbaus unter keinen Umständen in Frage kommen könne, Verhandlungen über diesen Gegenstand daher aussichtslos und zwecklos seien.

Die Bergarbeiter kündigen das Berliner Abkommen.

Berlin, 1. April. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Essen haben die Bergarbeiterverbände das Berliner allgemeine Abkommen über die Mehrarbeit im Ruhrbergbau, das Abkommen über die Arbeitszeit über Tage, sowie die auf Grund des Schiedsspruches sich ergebende Vereinbarung über die durchgehende Arbeitszeit mit Wirkung vom 30. April gekündigt.

Generallstreik auf den ober-schlesischen Gruben.

Berlin, 1. April. In Ostoberschlesien ist nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ auf den Gruben- und Hüttenbetrieben der Generallstreik proklamiert worden, da die Arbeitnehmer die Forderungen der Arbeitgeber auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht anerkennen wollen. Im Kopniker Kohlenrevier streiken bis 75 Prozent. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind 500 Polizeimannschaften von auswärts herbeigezogen worden.

Abflauen des Eisenbahnerstreiks.

Karlsruhe, 2. April. Der Eisenbahnerstreik ist im Abflauen begriffen und im allgemeinen auf Mannheim, Heidelberg und Umgebung beschränkt. Im Rangierbahnhof Karlsruhe haben familiäre streikenden Arbeiter den Dienst wieder aufgenommen. Auch in den übrigen Streikgebieten sind zahlreiche Arbeiter wieder zum Dienst erschienen. Nach der ganzen Stimmung in der Arbeiterschaft nimmt die Zahl der Arbeitswilligen zu. Sie werden nur durch Streikposten, zum Teil schon in ihren Wohnungen auf den Dörfern, daran gehindert, sich an ihre Arbeitsstelle zu begeben. Auf der Strecke Mannheim—Rheinheim ist es sogar vorgekommen, daß Schrankenwärter durch Streikende gewaltsam von ihrem Posten vertrieben wurden, sodaß die Polizei zu ihrem Schutz eingreifen mußte. Der Betrieb wird uneingeschränkt fortgeführt. Die Lohnverhandlungen in Berlin nehmen ihren Fortgang.

Mannheim, 2. April. Die Lage im Eisenbahnerstreik ist heute nachmittags unverändert geblieben. Der Güter- und Personenverkehr wickelt sich ohne jegliche Störung ab.

Kommunistische Umtriebe

München, 31. März. Den Blättern zufolge sind in Traunstein 10 Mitglieder der kommunistischen Partei, darunter die Führer Wischer und Fragenthaler, wegen politischer Umtriebe verhaftet worden.

Häusser Redivivus.

Der Wanderapostel Häusser, der in verschiedenen Städten Württembergs sein Unwesen trieb, ist, nachdem er mit Gefängnissen und Irrenhäusern Bekanntheit gemacht hatte, der Freiheit wiedergegeben. Wie die „D. A. Z.“ berichtet, will er nun seine politische Erbsitzrolle wieder aufnehmen. Er nennt sich Bismarck, Ketter und Herrscher und fordert das Volk auf, ihn richtig zu erkennen. Er verspricht ferner, die Rheinlande zu befreien und Poincaré einzuwideln. Er behauptet, daß seine Anhänger nach Millionen zählen. Man darf aber wohl annehmen, daß er bei der Angabe dieser Zahl in der Inflationszeit stecken geblieben ist.

Die Not der Landwirtschaft.

Am letzten Sonntag fand im „Badischen Hof“ in Calw die jährliche Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins statt. In einleitenden Worten begrüßte der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Dinger, die erschienenen, namentlich die Herren Landtagsabgeordneter Körner und Generalsekretär Hummel vom landwirtschaftlichen Hauptverband. Er gedachte des 3. Zi. krank darniederliegenden langjährigen Vereinssekretärs Oberamtspfleger Fechter und des ebenfalls erkrankten alten Bauernbundesführers Bogt, Goßjen, der eigentlich das heutige Referat hätte übernehmen sollen, ferner des 3. Zi. wegen seiner Überzeugung im Gefängnis sitzenden Geschäftsführers des Bauernbundes, Theodor Körner jr. Er führte weiter aus, daß die Not der Zeit schwer auf dem Volke laste und daß namentlich von der Landwirtschaft ganz ungeheure Opfer verlangt würden. Dies erfordere unbedingt den Zusammenschluß aller Berufsgenossen, damit hier Erleichterung geschaffen werden könne. Landtagsabgeordneter Körner verbreitete sich nun in längeren Ausführungen über die gegenwärtige Steuerpolitik. Diese könne nur als brutal bezeichnet werden und er gebrauchte damit keinen kräftigeren Ausdruck als der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der selbst zugegeben habe, daß er die Steuergesetze mit brutaler Schärfe durchführen werde. Das sei gegenwärtig in höchstem Maße der Fall und mit dem Ermächtigungsgesetz könnten Reich und Länder ohne Befragung der Volkvertretung Steuern ausschreiben, so viel sie nur wollten. Von dem alten guten Recht der Volkvertretung, dem Recht der Steuerwilligung, das Ludwig Uhland so sehr verteidigt habe, sei heute nichts mehr zu verspüren, es sei durch die Steuernotverordnung eine Willkürherrschaft eingerissen, die nicht mehr überboten werden könne. Nun sei es jedem einsichtigen Volksgenossen klar, daß das Volk nach dem verlorenen Kriege große Lasten tragen müsse, wir müßten mehr Steuern aufbringen, aber die Lasten sollten doch tragbar sein. Die Sozialdemokratie denke immer an möglichste Heranziehung des Besitzes, vergesse aber, daß dabei der Ertrag derselben zurückgehen müsse und es sei doch ein Unsinn, die Henne abzuschlachten, die die goldenen Eier legen solle. Nach der Theorie der Sozialdemokratie sei der Besitz vogelfrei und wenn diese Theorie durchdringe, gehe selbstverständlich unsere gesamte

Ämliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Das Arbeitsamt

ist unter der neuen Nummernummer 174 direkt an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Calw, den 1. April 1924.

Oberamt: G 5 s.

Volkswirtschaft zugrunde. Die Landwirtschaft wolle ihr möglichstes zum Wiederaufbau des Vaterlandes beitragen und namentlich der schwäbische Bauer sei in der Steuerzahlung immer mit in der vordersten Linie gestanden, aber die Steuern müßten auf Gerechtigkeit und nicht auf Brutalität aufgebaut sein. Bei Steuerrückständen würden entsehrliche Zinsen gefordert, Stundungsgesuche würden vielfach abgelehnt, damit diese Zinsen angelegt werden könnten, bei der Vielheit der Steuern sei es jedoch ganz unmöglich, ohne Stundung auszukommen. Es sei zweifellos, daß die Industrie bezüglich der Steuer wesentlich besser behandelt werde, was ohne weiteres bewiesen werden könne. Die Krone des Steuerunsinns sei aber die neue Landessteuerverordnung. Diese enthalte an Steuern, die das Ungerechteste darstellten, was man sich denken könne. So sei z. B. die Gebäude-entstehungssteuer etwas ganz merkwürdiges; diese treffe in der Hauptsache wieder die Landwirtschaft, da bei Mietshäusern die Steuer auf die Mieter abgewälzt werden könne, was natürlich beim Bauern nicht der Fall sei, da er keine Gebäulichkeiten für sich und seinen Betrieb benötige. Das Faß sei nunmehr zum Überlaufen voll, die Regierung scheine jedoch keine Ahnung von der Volksstimmung zu haben. Aufgabe des Volkes und namentlich der Landwirtschaft sei es, für eine andere Volksvertretung zu sorgen und diese Vertretung müßte dann eine Steuerpolitik treiben, die absolute Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung voraussetze und von der Wirtschaft tragbar sei. Durch die ungeheuren Steuersummen sei selbstverständlich die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft unterbunden, die Landwirtschaft könne die notwendigen Düngemittel nicht mehr beschaffen, die Produktionsfähigkeit vermindere sich dadurch in ganz bedeutendem Maße und so sei man dann wieder auf die große Einfuhr angewiesen, die bezahlt werden müsse, wodurch die Gefahr der Geldentwertung von neuem aufstehe. Weiter sei es Pflicht der neuen Volksvertretung, dem Ausland klar zu machen, daß wir Herr im eigenen Hause sein wollten, was bis jetzt leider nicht immer energisch genug betont worden sei. Das ganze deutsche Volk müßte sich eines anderen besinnen, die Streiks müßten verschwinden und wenn alle denken würden, wie der deutsche Bauer, dann hätte noch niemals ein Streik stattgefunden.

Der zweite Referent des Tages, Generalsekretär Hummel vom landwirtschaftlichen Hauptverband, nimmt Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen, die die Landwirtschaft z. Zt. berühren. Er streift kurz das bestehende Steuerwesen und stellt fest, daß die geforderten Steuern und Abgaben für die Landwirtschaft unerschwinglich seien, da diese ohnehins bereits am Erlegen sei. Landauf, landab könne man immer wieder das gleiche Lied hören, und es sei nur bedauerlich, daß weite Volkskreise die Not der Landwirtschaft noch gar nicht erkannt hätten. Die Landwirtschaft sei der Grundpfeiler des deutschen Wirtschaftslebens und wenn dieser zusammenbräche, so gehe es mit uns allen zu Ende. Während der Bauer seine Erzeugnisse teilweise bis zu 40 % unter dem Friedenspreis absetzen müsse, bezahle er alle seine Bedürfnisse weit über dem Friedenspreis. Hierzu noch die Belastung mit den Unsummen öffentlicher Abgaben, so könne man ausrechnen, wie lange dieser Zustand dauern werde. Dabei sei es ganz klar, daß kein Mensch produzieren wolle, wenn er fortwährend Geld zulegen müsse. Die Industrie mache einfach den Laden zu, wenn nichts mehr herauskomme, dem Bauern mude man aber zu, daß er zusehen soll, wie sich seine Substanz von Tag zu Tag verringere. Nicht einmal die Zwangswirtschaft sei ganz abgeschafft. So sei z. B. die Milchverforgung immer noch unter gewaltigem Druck und das sei kein Anreiz für eine gesteigerte Produktion, wovon sich die maßgebenden Stellen hätten schon längst überzeugen sollen. Auch mit der Erwerbslosenversicherung sei die Landwirtschaft völlig zu Unrecht belastet worden. Bei der Landwirtschaft gebe es keine Erwerbslosen, jeder Landwirt sei froh, wenn sein Personal auf der Scholle bleibe. Während nun die Industrie sich dieser Abgabe zum großen Teil dadurch entzogen habe, daß sie ihr Personal entlassen habe, sei dies dem Bauern nicht möglich gewesen, da dieser sein Personal das ganze Jahr über brauche. Die Erwerbslosenfürsorge-Abgabe sollten diejenigen Kreise bezahlen, die sie angehe, also Industrie und Gewerbe, die in Zeiten der Konjunktur auch den Nutzen aus vermehrter Arbeitsleistung hätten. Hierzu gehöre auch das Kapitel über die Krankenversicherung; es müsse eine Trennung von den gewerblichen und industriellen Betrieben stattfinden und immer wieder das Verlangen nach Erziehung von Landkrankenlasten gestellt werden. Auch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften scheinen die Notlage der Landwirtschaft noch nicht erkannt zu haben, diese hätten ursprünglich für das Jahr 1923 einen Umlagebeitrag verlangt, der weit über das notwendige und erträgliche Maß hinausgegangen sei, auf eindringliche Vorstellungen hin sei aber der Betrag auf den fünften Teil ermäßigt worden. Im übrigen müsse verlangt werden, daß die vier Berufsgenossenschaften zusammengelegt werden, in welchem Falle sehr viele Verwaltungsstellen erspart werden könnten. Mit solchen Klagen und Wünschen könnte er noch lange fortfahren, er wolle aber nur noch auf die ungeheure Kreditnot hinweisen, die sich auch für die Landwirtschaft sehr beengend auswirke. Die Rentenbank habe wohl einen größeren Kredit für die Landwirtschaft ausgeworfen, bis dieses Geld jedoch durch die verschiedenen Banken gehe, entfalle ein solcher Zinsfuß, der dem Landwirt das Schuldmachen gründlich verleihe. Uebrigens habe die deutsche Landwirtschaft für die Hälfte des Aktienkapitals der Rentenbank die Haftung hypothetisch übernommen, das sei eine Belastung von 1,8 Milliarden, weshalb der Landwirt alle Veranlassung habe,

die Rentenbank zu fragen, damit nicht durch eine neue Inflation diese Hypothek eingelöst werden müßte. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärt der Redner, daß sich der landwirtschaftliche Hauptverband alle Mühe gebe, die Lage der Landwirtschaft erträglich zu gestalten, aber hierzu sei es notwendig, daß er einen festen Rückhalt an jedem einzelnen Berufsgenossen habe und er möchte die Anwesenden dringend bitten, der Organisation die Treue zu halten und ihr nicht den Rücken zu kehren, wenn nicht immer alles nach Wunsch gehe, denn nur durch strengste Organisation könne die Landwirtschaft lebensfähig bleiben. Er fordert die Anwesenden auf, ihr Organ, das landwirtschaftliche Wochenblatt, zu halten und zu lesen und meint, daß, wenn jeder Landwirt die in diesem enthaltene Belehrungen und Anregungen beachte und befolge, er nur profitieren könne. Beide Redner ernteten lebhaften Beifall und der Vorsitzende dankte ihnen für ihre beherzigenswerten Ausführungen.

Hierauf wurde der Referats- und Kassenericht erstattet, aus dem zu entnehmen ist, daß das Lagerhaus ohne Verluste aus der Inflationszeit herausgekommen ist. Es ist ein kleiner Gewinn zu verbuchen und der Vorsitzende konnte der Versammlung die erfreuliche Mitteilung machen, daß den Geldgebern vom Lagerhaus noch eine weitere Aufwertung von 15 % ausbezahlt werden könne, auch sei es möglich, daß bei Uebergabe der Warenbestände an die neue Bezugs- und Abnahmegesellschaft noch eine weitere Zahlung erfolge. Dieses Entgegenkommen berühre aber nur die jetzigen Geldgeber, die sich seinerzeit mit der angebotenen Abfindung einverstanden erklärt hätten, während die übrigen auf die gesetzlichen Bestimmungen verwiesen werden müßten. Die vom württ. Bauernbund ins Leben gerufene Brandschadensbeihilfe soll auch vom landwirtschaftlichen Bezirksverein eingeführt werden und es werden die Vertrauensmänner ersucht, die Beitrittserklärungen entgegenzunehmen. Nach Erledigung einiger weiterer kleinerer Gegenstände schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit herzlichen Worten des Dankes.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. April 1924.

Warnung vor dem Studium der Rechtswissenschaft.

h. Wegen Ueberfüllung der juristischen Berufe in Württemberg und der dadurch bedingten ungünstigen Berufsaussichten warnen der Württ. Richterverein, der Württ. Anhaltsverein und der Verein der württ. Referendare vor Beginn des neuen Semesters eindringlich vor dem Studium der Rechtswissenschaft. Abbau und Anstellungssperre im Staatsdienst Ueberfüllung der Rechtsanwaltschaft, Industrie Banken und Versicherungsanstalten sind schwerwiegende Faktoren, die vor diesem Studium warnen. Ein Aufruf des Reichsbundes deutscher Referendare zeigt im Reiche gleich ungemühte Verhältnisse. Die Warnung wendet sich in erster Linie an die Abiturienten und jüngeren Semester.

Wetterbericht.

Der Hochdruck im Norden hat sich leicht verstärkt. Die nördlichen Luftströmungen werden fortbauern, so daß für Donnerstag und Freitag mehrfach bewölktes, aber in der Hauptsache trockenes, ziemlich rauhes Wetter zu erwarten ist.

In den Ruhestand.

(SOB.) Stuttgart, 31. März. Infolge Inkrafttretens der neuen evangelischen Kirchenverfassung tritt heute der Präsident des Evangelischen Konsistoriums, D. Hermann v. Zeller in den Ruhestand. Präsident v. Zeller gehörte früher dem Finanzministerium an und trat 1912 als Nachfolger D. v. Sandbergers an die Spitze des Konsistoriums. Im Jahre 1917 wurde er in Würdigung seiner großen Verdienste um die evangelische Kirche von der evangelisch-theologischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt. Präsident v. Zeller steht im 75. Lebensjahr.

(SOB.) Stuttgart, 1. April. Konsistorialpräsident D. v. Zeller hielt gestern im Konsistorium in einer geschichtlich denkwürdigen Feier eine Abschiedsrede, in der er einen Rückblick auf die Geschichte des Konsistoriums warf, dessen Anfänge in das Jahr 1535 zurückreichen.

Protokollungsbuch.

(SOB.) Stuttgart, 1. April. Die von den sieben zur Aufstellung gelangenden Oberämtern in Stuttgart geplante große Rundgebung findet am Mittwoch, den 2. April, vorm. 10 Uhr, im Bürgermuseum statt und wird ihren Schatten zweifellos auch auf die nachmittags beginnenden Landtagsverhandlungen werfen.

Verbotene öffentliche Umzüge.

(SOB.) Stuttgart, 31. März. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 hat bekanntlich öffentliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten, den Landeszentralbehörden aber die Befugnis übertragen, Ausnahmen von dem Verbot zuzulassen. Um eine gleichmäßige Handhabung dieser Befugnis zu gewährleisten, hat nun das Ministerium des Innern den Grundsatz aufgestellt, für Umzüge oder Versammlungen unter freiem Himmel mit politischem Einschlag keine Ausnahme von dem Verbot zuzulassen.

Ortsvorsteherwahlen.

(SOB.) Kohlberg, OA. Nürtingen, 1. April. Bei der Ortsvorsteherwahl erhielt Gemeindefreier Eugen Schäfer in Erbsteinen, OA. Marbach, 239, Rordmachermeister Gottlieb Graf 156, Obersekretär Otto Häpfler beim Oberamt Göppingen 129 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

(ECB.) Dörzbach, O. Rünzelsau, 1. April. Bei der Schultheisenwahl erhielten Oberamtspfleger-Mitglied Maltinger aus Waiblingen 240, Oberamtsassistent Eberle aus Bödingen 177 Stimmen. Im ganzen wurden 417 Stimmen abgegeben. Maltinger gilt somit als gewählt. Er ist 25 Jahre alt und in Stuttgart geboren.

Motorradunfall.

(ECB.) Mttbach, O. Eßlingen, 1. April. (Motorradunfall.) Von einem Motorradfahrer, der von Eßlingen kam, wurde auf der Hauptstraße Eßlingen-Blochingen ein kleiner Knabe überfahren; er erlitt einen Beinbruch. Der Fahrer wurde hinausgeschleudert und am Kinn, Hals und an der Hand erheblich verletzt. Das Motorrad wurde nur wenig beschädigt.

Gegen die Aufteilung des Oberamts.

(ECB.) Blaubeuren, 1. April. Die Amtsversammlung befaßte sich mit der Frage der Aufhebung des Oberamts und nahm eine Entschliessung an, die zum Ausdruck bringt, daß sich die Bevölkerung aufs tiefste verletzt fühlt und ihre Erbitterung aufs höchste gestiegen ist, weil die Regierung es unternimmt, die Bezirke angehörigen zu schädigen, Existenzen zu vernichten, Handel und Wandel zu hemmen, kulturelle Bestrebungen zu unterbinden und sich über den Willen der Bevölkerung hinwegzusetzen. Der Landtag wird ermahnt, der Hüter wahrer Demokratie zu sein. — Auch die Bevölkerung hat in einer großen Kundgebung Einspruch erhoben.

Um die Erhaltung des Landgerichts.

(ECB.) Haß, 1. April. Der Gemeinderat hat an alle Landtagsmitglieder eine Denkschrift in Sachen der Erhaltung des Landgerichts in Haß gerichtet, in der es u. a. heißt, man werfe doch nicht alle, vom Volk gekühlte Einrichtungen über Bord und stoße das Volk in einer Zeit vor den Kopf, in der das Vertrauen zur Regierung dringend erforderlich sei.

Stadtgemeinde Calw.

Gesekliche Miete für April.

Durch Minist. Verfa. vom 28. März 1924 wurde die gesetzliche Miete ab 1. April 1924 für alle Gemeinden des Landes wie folgt festgelegt:

- I: In Miete für Wohnräume sind als Rente aus dem in dem Hause angelegten Eigenkapital, als Entgelt für die Verwaltungstätigkeit sowie als Ertrag für laufende und große Instandsetzungen 35 Prozent der Friedensmiete in Goldmark zu bezahlen.
- II: Neben der eigentlichen Miete hat der Mieter wie bisher die Umlagen (Gebäudesteuern, Brandschaden etc.) zu bezahlen. An Stelle einer Umlage kann der Vermieter 25 Prozent der Friedensmiete in Goldmark ohne Einzelnachweis vom Mieter fordern.
- III: Für Wohnungen mit einer jährlichen Friedensmiete von 2000 und mehr Mark und für Geschäftsräume beträgt die gesetzliche Miete einschließlich der Verwaltungskosten und Steuern 100 Prozent der Friedensmiete in Goldmark; daneben ist die Erhebung eines Gewerbezuschlages nicht mehr zulässig. Dies gilt auch für Teile einer Wohnung, die zu geschäftlichen Zwecken (von Ärzten, Handwerkern und dergl.) in Anspruch genommen werden, unter Zugrundelegung der auf diese Wohnungsstelle entfallenden Friedensmiete. Im Streitfall entscheidet das Mieteinigungsamt.
Calw, den 1. April 1924.
Stadtschultheißenamt J. V. Dreiß.

Stadtgemeinde Calw.

Getränksteuer.

Mit Wirkung ab 1. April 1924 ist die Stadtmelnde verpflichtet, von sämtlichen Getränkearten eine Getränkesteuer zu erheben. Wegen der erwarteten kleiner Veränderungen kann die Steuerordnung erst später veröffentlicht werden. Zur Ermöglichung einer geordneten Buchführung — wozu die Wirte etc. verpflichtet sind — und einer glatten Abwicklung des Veranlagungsverfahrens werden die Wirte, Händler etc. ersucht, den Bestand an steuerbarem Getränke sofort aufzunehmen und über den Ein- und Ausgang der verschiedenen Getränke Buch zu führen. Nähere Auskunft erteilt das städt. Steueramt, Rathaus Zimmer 2.
Calw, den 1. April 1924
Stadtschultheißenamt: J. V. Dreiß

Stadtgemeinde Calw.

Das unbeugte Wegnehmen von Kies und Sand von den städtischen Lagerplätzen ist verboten und wird als Diebstahl geahndet.
Calw, den 1. April 1924.
Stadtschultheißenamt: J. V. Dreiß.

Kentheim, den 31. März 1924.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines geliebten Gatten, unseres lieben Vaters, Schwieger- u. Großvaters **Sakob Schwämmle** erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, für die liebevolle Pflege von Schwester Luise im Krankenhaus dem Gemeinschaftschor, den Herren Ehrenträgern, für die vielen Blumenpenden und für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagen herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zum Wahlkampf.

(ECB.) Ellwangen, 31. März. Die Bezirksversammlung der Zentrumspartei hat für die Reichstagswahl den bisherigen Abgeordneten Landwirt Feilmayr (Ruittal) und für die Landtagswahl Studiendirektor Steinhäuser (Ellwangen) einstimmig in Vorschlag gebracht. Dem bisherigen Abgeordneten und Präsidenten des Landtags, Landgerichtsdirektor Walter, der aus Gesundheitsrückichten kein Mandat mehr anzunehmen wünscht, wurde für seine langjährige verdienstvolle parlamentarische Tätigkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen.

(ECB.) Stuttgart, 1. April. Zum Berichterstatter bei der Nachrichtenstelle des Staatsministeriums, die an die Stelle der Presseabteilung treten wird, ist Regierungsrat Bögele berufen worden.

(ECB.) Memmingen, 1. April. Aus unbekanntem Gründen hat sich der ledige Kassier der Vereinsbank, Ludwig Sturm, erschossen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.	4210,5 Ma.
1 Dollar	1000 Ma.
1 Goldmark	232,6 Ma.
Franzöf. Franken	738,8 Ma.
Schweiz. Franken	1561,4 Ma.
Holland	1,03 Bil.
Reichsindexziffer	1000 Ma.
Geldumrechnungssatz für Steuern	

Börsenbericht.

(ECB.) Stuttgart, 1. April. Die heutige Börse zeigte eine leichte Abschwächung, doch waren die Kursrückgänge bei geringen Umsätzen unwesentlich.

Landesproduktenbörse.

(ECB.) Stuttgart, 31. März. Der Getreidemarkt verkehrt immer noch in lustloser Haltung. Die Preise sind unverändert. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 20—20,25, Sommergerste 21—21,50, Hafer 14,25—14,75, Weizenmehl Nr. 0 29,25—30, Brotmehl 26,25—27, Kleie 10—10,5, Weizenheu 9,5—10, Kleehheu 10—11, Stroh 6—6,5 M.

Märkte.

Heilbronn: Zufuhr 203 Milchschweine und 10 Läufer. Ersterer kosteten 20—28 M, letztere 35—45 M das Stück. — Rünzelsau: Zufuhr 275 Milchschweine, 5 Läufer. Verkauf wurden 235 Milchschweine zum Paarpreis von 46—65 M, 2 Läufer zu 88 M. — Schwenningen: Zufuhr 22 Milchschweine und 1 Läufer. Bezahlt wurden für Milchschweine pro Paar 44—50 M.

(ECB.) Ellwangen 31. März. Zufuhr: 130 Saugschweine, 14 Läufer. Preis für 1 Paar Saugschweine 40 bis 70 M, für 1 Paar Läufer 120 M. Der Handflau.

(ECB.) Ulm, 1. April. Zufuhr: 7 Farren, 14 Rühel 12 Rinder, 139 Kälber, 131 Schweine. Erlös als 1 Pfund Lebendgewicht: Bullen 1. 30—34, 2. 23—27, Jungkinder 1. 36—40, 2. 32—35, Rühel 1. 26—30, 2. 18—25, 3. 8—16, Kälber 1. 50—53, 2. 44—49, 3. 38—44, Schweine 1. 56 bis 62, 2. 52—55, 3. 48—50 Pfg.

Hausgeflügel.

Das Laufenlassen von Hühnern und sonstigen Hausgeflügel auf fremdem Eigentum ist verboten und strafbar. Die Besitzer von Hausgeflügel werden auf diese Vorschrift hingewiesen mit dem Anfügen, daß sie für jeden Schaden haftbar gemacht werden können, der fremden Eigentümern von Grundstücken durch ihr Hausgeflügel entsteht.
Calw, den 31. März 1924.
Stadtschultheißenamt J. V. Dreiß.

Arbeiter-Einstellung!

Die Bahnstation Kornwestheim stellt sofort eine größere Anzahl Arbeiter für dauernd ein. Nähere Auskunft erteilt Station Calw, Kornwestheim, den 31. März 1924.
Bahnstation.

Wasserglas

empfehlen
Eh. Schlatterer.
Vervielfältiger
und Zubehör
G. Köbele, Nagold
Fernsprecher 126.

Haararbeiten

aller Art fertig
J. Obermatt,
Friseurgeschäft.

**Einen starken
Ruhwagen**

hat zu verkaufen.
Jakob Eitel,
Neuburgstett.

Hier

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssiges Hausgerät zu verkaufen!

Pfannkuch & Co

Zur
Konfirmation
Gemüse-
Konservern
Schnittbohnen
1/2 P. Dose 1.30
Erbsen
1/2 Kg. Dose 90 Pf.
von 90 an
Spargel
Früchte-
Konservern
Mirabellen
Kirschen
Pflaumen
1/2 Kg. Dose 1.50
Efiggurken

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
V. d. d. b. g. m. b. H.
Kornwestheim

Macco-Wäschebatist für feine Leibwäsche, in verschiedenen Preislagen
Schirting, Cretonne, Etamin, Volle und Batist
Schürzen in Satin und Zeugie, moderne Formen
Jumper-, Wiener-, Träger- und Blusen-Schürzen
in prima schwarz Mohair
Leibwäsche, Unterröcke weiß und Taschentücher farbig
Macco- und Seiden-Flor-Strümpfe, Fäßlinge
Handschuhe schwarz und farbig.
Julie Schimpf, Calw

Schnittmuster-
Bogen



zu unseren Modeabbildungen können von unseren Leserinnen auf unfr. Geschäftsstelle bestellt werden.

Für 10,00 fleißiges Mädchen

für Küchen- und Zimmerarbeit bei hohem Lohn gesucht.
Neue Handelsschule.

Sch suche auf 1. Mai 1924 ein tüchtiges Mädchen

zur Beihilfe im Haushalt und kleiner Landwirtschaft. Hoher Lohn und familiäre Behandlung.
Frau M. Schlanderer
Unterreichenbach

Althengstett.
Einen gebr. guterhaltenen

Rochherd

setzt dem Verkauf aus.
Chr. Strähle, Schlosserei.

Gesucht zur sofort geordnetes tüchtiges Mädchen

für Küche und Haushalt bei gutem Lohn und Reisevergütung von

Ida Kall, Schirmfabrik, Reutlingen.
Evtl. Auskunft bei Frau Pfarrer Kies, Calw.

Guterhaltenes Herren-Fahrrad und vollständiges Bett

verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

2 neue, tannene Kleiderkästen

verkauft billig.
Friedr. Koch, Schreiner, Neubulach.

CalwerLiederkränz

Heute abend 8 Uhr Singstunde im Bad. Hof

Die Proben für gemischten Chor beginnen Donnerstag abend 8 Uhr (Mädchenschulgeb.).
Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. B.

Lehrlings-
Gesuch!

Ordentlicher Junge kann bei mir eintreten bei gewissenhafter und gründlicher Ausbildung.
Karl Wiffert, Malermstr. Pforzheim, Arkaden 6.



billigste Bezugsquelle

Friedrich Ralsch
Stuttgart

Steinstr. 15. Tel. 2041.



Schwere Italiener Eier

ganze und halbe Kisten
zum Einkalken

offerieren
Waggonladungen ab Singen oder Kufstein

Württ. Obsttreuhand G. m. b. H. Stuttgart
Kriegsbergstrasse 7

Telegramm-Adr.: Obsttreuhand Stuttgart. — Fernsprecher S.-A. 21682

Spöhrersche Höhere Handelsschule Calw.

Neuaufnahme
am 23. April.



Moderne
Innen-
Dekoration
*
Vorhänge

Emil G. Widmaier, Bahnhofstraße.

Paul König, Pforzheim,
Schloßberg 1 Fernsprecher 1270

Vollrentenfor
und kaufm. Sachverständiger.
Steuerberater.

Vermögenssteuer 1924

Die Steuererklärungen zur Vermögenssteuer müssen
in der Zeit vom 1.—15. April abgegeben werden.
Bewertungsrichtlinien sind bekannt. Aufträge zur
Vertilgung der Erklärungen können jetzt schon erteilt
werden. Persönliche Rücksprache auf Wunsch am Plage.

✂ Hirsau. ✂
Empfehlung.

Anthrazit-Eisform, Haus-
brand-Rots, Union-Breitelt

treffen demnächst ein. — Bestellungen
für den ganzen Jahresbedarf nimmt
entgegen

Karl Volz, Bäckermstr.
Hirsau. Fernsprecher
Nr. 169.

Den Eingang von
Frühjahrs-
und Sommer-Neuheiten

in
Damen-, Mädchen- u. Kinderhüten

zu äußerst billigen Preisen, zeigt an

M. Dorn

Untere Marktstraße

Umarbeiten älterer Hüte prompt und billigt

Windjacken

für Damen und Herren

Sportjosen

in allen Größen. Erprobte Qualitäten



Paul Räuchle
Calw.



Herrenberg. Bienen-Verkauf.

Samstag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, werden
auf dem ehemaligen Grundstück des Herrn Sommer (Mar-
kung Herrenberg, Gewand im oberen Wengertgäßle)

3 Bienenstände



versteigert, worunter

- 1 Bienenstand mit 10 Woh-
nungen (badisch Maß) be-
steht mit 8 Bökern,
- 2 Bienenstände (Alt Württ.
Maß) besteht m. zuz. 21 Bökern.

Die Bölker sind sehr gut überwintert, die Wohnungen
sind fast neu.

Garantiert reines Leinöl

empfiehlt

Ch. Schlatterer

Konfirmanden- Hüte

zu haben bei

Gg. Kolb, Kürschner-
meister,
Salzgasse 67.

Bad Liebenzell.
Hotel-Restaurant „Kurpark“
Donnerstag, 3. April
Wieder-Eröffnung



mit Mezel-Suppe.
Josef Sommer.

Empfehle zur Konfirmation
meine vorzüglichen

Eier-Teigwaren

Hermann Schnürle
Teigwaren geschäft.

Ulmer Pflüge

und jetzt wieder vorteilhaft im Preis

Carl Herzog
Eisenhandlung, Calw.

Oberkollwangen.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau eines Wohn- und Dekonomiegebäudes
(25,50 m lang, 12,00 m breit) für Herrn Michael Luz,
Landwirt, sind die

Grab-, Betonier-, Maurer und Stein-
hauer-, Zimmer-, Flaschner-, Schmied-,
Sipfer-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-
und Anstricharbeiten

im Submissionsweg zu vergeben. Pläne, Arbeitsbescrieb
und Bedingungen sind bei dem Bauherrn zur Einsicht auf-
gelegt und wollen Angebote nach den einzelnen im Arbeits-
bescrieb aufgeführten Positionen, oder auch um eine Paus-
schalunne der jeweiligen Arbeiten, bis Freitag, den
4. April, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zur Krone
in Oberkollwangen eingereicht werden.

Calw, den 28. März 1924.

Kohler, Architekt.



Damen- und Mädchen- Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, u. Blumenstr.
Ecke Metzger-